

Bericht von der Veranstaltung "EU - entzauberte Union" von AK Europa Verdi Berlin und Attac Berlin AG Gerechter Welthandel mit Peter Wahl am 23.4.2018 im Berliner Verdi-Haus

Die Veranstaltung war mit über 50 TeilnehmerInnen gut besucht. Der zweite vorgesehene Referent Klaus Busch war leider kurzfristig krankheitsbedingt verhindert.

Gotthard Krupp (Vorsitzender AK Europa) machte zur Einführung deutlich, warum sich Gewerkschafter für das Thema EU interessieren, am Beispiel der Bodenverkehrsdienste an Flughäfen, wo durch die von EU-Recht erzwungene aufgeteilte Ausschreibung die Löhne um ca. 30 % gesunken sind, außerdem das durch die sog. Schuldenbremse veranlasste "Kaputtsparen" bei öffentlichen Dienstleistungen.

Michael Eule stellte für Attac den Bezug her zu den großen Protesten gegen TTIP, CETA und TISA und der EU als Verantwortliche und Verursacher dieser Handelspolitik.

Peter Wahl gab zunächst eine allgemeine Einführung, dass sich die EU in einer existentiellen Krise befindet. Eine der wichtigsten Frage ist die Finalitätsfrage, d.h. wie man sich den Zielzustand der EU vorstellt. Er stellte das Selbstverständnis Macrons dar, der in seiner Rede vor dem französischen diplomatischen Dienst sein Ziel einer dem Rang Frankreichs angemessenen Rolle in der Weltpolitik dargestellt hat; er versucht durch Betonung der Rolle Frankreichs und der EU als Global Player und die Militarisierung der EU die wirtschaftliche Schwäche Frankreichs zu kompensieren.

Die Moderatorin Astrid Westhoff (Verdi) erläuterte die Schwerpunkte der Veranstaltung, insbesondere die Lohnpolitik, die Daseinsvorsorge sowie die Handels- und Investitionsschutzpolitik. Als Beispiele brachte sie Bodenverkehrsdienstleister, Fernfahrerbranche, Fleischindustrie, die Tarifsenkung in Griechenland, das Rüffert-Urteil des EuGH und das "Europäische Semester", wo die EU-Kommission versucht, unter dem Deckmantel "Wettbewerbsfähigkeit stärken" Mitgliedsstaaten für Sozialabbau und Lohnsenkung finanziell zu belohnen.

Peter Wahl erläuterte, dass die durch ihre Konstruktion mit dem Vorrang der vier Grundfreiheiten als Primärrecht über den Binnenmarkt das Kapital bevorzugt. Die rechtliche Konstruktion wird neoliberaler Konstitutionalismus genannt. Eine Änderung ist praktisch nur durch Vertragsänderung mit Zustimmung aller 28 (27) Mitgliedsstaaten möglich. Ein zusätzliches Problem wurde durch den Euro geschaffen, der Korrekturen durch andere Bewertung der Währungen ausschließt, möglich ist nur noch eine interne Abwertung durch Lohnsenkung und Sozialabbau. Die "soziale Säule" nach den Göteborger EU-Gipfel bezeichnete Peter Wahl als Karotte für den Gaul, damit er weiter den Wagen zieht, ihn aber nie erreicht. Als Gegenmaßnahme gegen die Austeritätspolitik der EU sieht Peter Wahl vor allem einen strategischen Ungehorsam, der dann Wirkung entfalten kann, wenn ein großer Staat, z.B. Frankreich, oder mehrere kleine Staaten EU-Regeln bewusst nicht mehr einhalten, so wie es Melancon im Bündnis mit Podemos (Spanien) und der portugiesischen Linken anstrebt. Widerstand eines kleinen Landes wie Griechenland bei ausgebliebener Solidarität aus Spanien und Italien reicht ggü. der EU leider nicht aus, zumal die EZB den griechischen Banken (rechtswidrig) den Geldhahn zuge dreht hat. Die Nichteinhaltung der EU-Beschlüsse zur Verteilung von Flüchtlingen durch die Visegrad-Gruppe und die Nichteinhaltung der Maastricht-Kriterien durch Deutschland und Frankreich 2003 hatten dagegen keinerlei Konsequenzen. Erforderlich für einen erfolgreichen strategischen Ungehorsam ist eine kritische Masse, d.h. entweder ein großer Mitgliedsstaat oder mehrere Staaten. Visionen über eine bessere Zukunft Europas sind vorhanden, die Durchsetzung ist eine Machtfrage. Peter Wahl verweist auf La France insoumise und Melancon, Podemos und die Linken in Portugal. Er sieht

den Nationalstaat ambivalent, er beinhaltet einerseits eine Schutzfunktion, andererseits eine Abgrenzung nach außen. Er sieht die EU quasi als Großdeutschland im Quadrat mit einem Feindbild als Katalysator, auch als Grundlage für die Militarisierung der EU.

In der Diskussion wird die Frage gestellt, wo der Feind im eigenen Land steht. Die Strukturen würden der politischen Macht folgen. Strategischer Ungehorsam sollte zunächst auf nationaler Ebene begonnen werden, d.h. bei uns. Es wird darauf hingewiesen, dass es positive Beispiele von Kämpfen auf EU-Ebene gebe, z.B. der Kampf gegen die Hafentrichtlinie. Manche positive EU-Richtlinien z.B. zur Tarifbindung nach Betriebsübergang werden in Deutschland völlig unzureichend umgesetzt, in Deutschland durch § 613a BGB, der nur eine Bindung für ein Jahr beinhaltet, das wäre in Frankreich ganz anders. Teilweise würden EU-Regeln auf lokaler Ebene schlecht umgesetzt, z.B. in Pforzheim, wo man bei der Ausschreibung des Nahverkehrs „vergessen“ hat, die Tarifbindung ordentlich abzusichern, was zur Auftragsvergabe an eine Bahntochter mit Niedriglöhnen führte. Die Bundesregierung sei ein massiver Liberalisierungstreiber, man solle genau und differenziert hinschauen.

Thematisiert wurde die Uneinigkeit der Europäischen Gewerkschaften, teilweise werden in Osteuropa die Positionen des DGB oder zentraleuropäischer Gewerkschaften als arrogant empfunden.

Angesprochen wurde das „Europa der zwei Geschwindigkeiten“, auch Macron scheint die südeuropäischen Länder eher als Ballast zu empfinden.

Zu Schuldenbremse und Fiskalpakt wurde darauf hingewiesen, dass vorrangig Banken und Bauunternehmen deren Profiteure sind. Ein Kampf gegen die Schuldenbremse könne Aussicht auf Erfolg haben, wenn sich viele Städte dagegen wenden und Regeln nicht mehr einhalten.

Zur Handelspolitik wurde darauf hingewiesen, dass diese nach dem Verständnis der EU Vorrang vor allen anderen Politikbereichen hat, auch wenn sie in alle anderen Lebensbereiche massiv einwirkt.

Als eine Schlussfolgerung vertrat Peter Wahl, dass auf manchen Gebieten mehr Europa in der EU geben sollte, z.B. im Umweltschutz, auf anderen Gebieten weniger Zentralkompetenzen.

Bericht: Michael Eule